

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Juni 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 6/1979

Gedanken zur 6. Synode der EKD in Berlin-Spandau

Lieber Leser!

In der Zeit vom 13.—17. Mai 1979 trat die 6. Synode der EKD im Johannesstift zu Berlin-Spandau zu ihrer ersten, konstituierenden Sitzungsperiode zusammen. Wer die innere Entwicklung ihrer Vorgängerin über sechs Jahre verfolgt hatte, durfte gespannt sein, wie sich die neue Synode, in der etwa 40 % neue Mitglieder sitzen, bei ihrer ersten Zusammenkunft darstellen würde.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Wenn nicht alles trügt, darf man auf einen Abbau übertriebener Spannungen und damit zugleich darauf hoffen, daß sich die 6. Synode ihres kirchlichen Auftrags mehr bewußt ist, als es bei der 5. Synode mitunter der Fall war.

Beherrschende Themen waren wie bei jeder Neukonstituierung der Ratsbericht, den man als das „kirchenpolitische Testament“ des scheidenden Rates und vor allem des scheidenden Ratsvorsitzenden zu werten pflegt, und — selbstverständlich — die Wahl des neuen Rates.

Der Bericht des Ratsvorsitzenden, Landesbischof D. Helmut Claß, kreiste in eindrucksvoller, ja bewegender Weise immer wieder um den einen Gedanken: daß die Kirche bei aller Notwendigkeit des Handelns in der Welt und auch im politischen Raum zunächst einmal zur Besinnung auf das Wort Gottes als das Zentrum ihres Auftrags verwiesen sei, in der Ungesicherheit und Kompliziertheit der Gegenwart nicht weniger als zu jeder beliebigen anderen Zeit. In immer neuen Anläufen versuchte Claß dieses Thema zu formulieren und zu konkretisieren. Die Eindringlichkeit, mit der das geschah, wird für den, der den Bericht nicht selbst miterleben konnte, wohl am besten aus den folgenden Kapitel- und Abschnittsüberschriften deutlich: „Gewißheit in einer ungewissen Zeit“, „Suche nach Sinn“, „Die Notwendigkeit der Umkehr“, „Die Zukunft der Erde“, „Verstärkung der theologischen Arbeit“, „Akzente im kirchlichen Leben“, „Aus Glauben vorläufig gestalten“, „Kirche und junge Generation“, „Friede, Gerechtigkeit, Solidarität“. Man möchte hoffen, daß der Ruf des scheidenden

den Ratsvorsitzenden, der vor sechs Jahren in Coburg eigentlich gar nicht „zur Wahl anstand“ und der sich dann doch als der richtige Ratsvorsitzende erwies, die Wirkung und den Erfolg hat, die ihm zukommen.

Die Aussprache, die sich üblicherweise an den Ratsbericht anschließt, läßt darauf jedenfalls hoffen. Sieht man von einigen offenbar unvermeidlichen Vorlesungen aus vorbereiteten Manuskripten ab, so wurde doch deutlich, daß der Ruf zum Wesentlichen verstanden worden war — vor allem fehlten die sonst



üblichen Diskussionsbeiträge, in denen darauf hingewiesen zu werden pflegt, daß der Bericht dieses oder jenes momentane Lieblingsthema dieser oder jener Gruppierung unbegreiflicherweise nicht behandelt habe. Ob sich hier ein neuer, dauerhafter Stil anbahnt, im Klartext: ob der bisher übliche Resolutions-eifer künftig etwas abnimmt, wird sich freilich erst

noch zeigen müssen, wenn es bei den kommenden Sitzungswochen keine Wahlen gibt. Dringend zu wünschen wäre es, denn die Vermischung parlamentarischer Geschäftigkeit und konziliarer Selbstüberschätzung hat die Synode mehr als einmal gehindert, das zu sein, wofür sie da ist: kirchliches Leitungsorgan.

Daß in der neuen Synode manches weniger verkrampt ablaufen könnte als in ihrer Vorgängerin, läßt auch der Umstand erhoffen, daß es zwischen den beiden Gruppierungen, die sich innerhalb der Synode gebildet haben — der mehr „konservativen“ Synodalen Arbeitsgemeinschaft und der mehr „progressiven“ Offenen Kirche —, erstmals ständige Gesprächskontakte gab, wobei allerdings die erste wirkliche Absprache zwischen den beiden Gruppen nicht ganz zum gewünschten Erfolg führte. Daß Absprachen für möglich gehalten wurden und wenigstens teilweise auch erfolgreich waren, ist aber doch ein erfreuliches Zeichen.

Die Wahl des neuen Rates darf im wesentlichen als geglückt bezeichnet werden. Den Außenstehenden mag es befremden, daß zur Wahl von 14 Personen insgesamt acht Wahlgänge notwendig waren. Bedenkt man aber, daß jeder Gewählte eine Zweidrittelmehrheit aus Synode und Kirchenkonferenz benötigt, und bedenkt man ferner, daß nur drei Fünftel der Synodalen auf die Erfahrung einer früheren Wahl zurückgreifen konnten, so erscheint der Sachverhalt weit weniger verwunderlich. Freilich bleibt die Frage, ob es klug ist, die Ratswahl auch weiterhin in der ersten Session einer neuen Amtsperiode vornehmen zu lassen. Der Entwurf einer neuen EKD-Grundordnung hatte gerade auch in diesem Punkt eine Änderung vorgesehen. Sollte er, wie zu befürchten, endgültig scheitern, so müßte der Gedanke einer Ratswahl im zweiten oder auch dritten Amtsjahr der Synode unbedingt in die dann zweifellos anstehende „kleine Grundordnungsreform“ einbezogen werden.

In Anbetracht dieser besonderen Schwierigkeiten einer jeden Ratswahl ist es als Zeichen für die Konstruktivität der Synode zu werten, daß nach dem zweiten Wahlgang — neben dem Präses, der dem Rat kraft Amtes als 15. Mitglied angehört — bereits acht Ratsmitglieder feststanden, zu denen in den beiden folgenden Wahlgängen noch ein weiteres Mitglied hinzutrat. Erst nun gab es eine gewisse Stagnation, die aber durch die schon erwähnten Kontakte zwischen den beiden synodalen Gruppen wenigstens teilweise überwunden werden konnte. Daß der darauf folgende Wahlgang nicht auch schon der letzte war, lag, soweit sich das feststellen läßt, an zwei Dingen: einmal scheint es innerhalb der „Offenen Kirche“ Unklarheiten über den Umfang der Absprache gegeben zu haben und zum andern bezog

die Absprache eine bis dahin nicht gewählte, gleichwohl aber hochangesehene Persönlichkeit nicht mit ein, die trotzdem noch gewählt wurde. Auch das ist eigentlich ein gutes Zeichen; denn es zeigt, daß sich die synodalen Gruppierungen — jedenfalls im Augenblick — nicht als Fraktionen mit eiserner Fraktionsdisziplin verstehen, sondern daß viele Mitglieder sich das Recht und die Unabhängigkeit zu einem eigenständigen Urteil bewahren.

Die personelle Zusammensetzung des neuen Rates zu beurteilen und die neuen Ratsmitglieder womöglich in die bekannten Kästchen einzuordnen, kann — auch abgesehen von der Überlegung, daß bei manchem neuen Mitglied ein solches Urteil verfrüht wäre — nicht Aufgabe dieses Berichtes sein. Verheißungsvoll ist, daß in der Person von Frau Erika Kimmich erstmals ein Mitglied der sogenannten Evangelikalen in den Rat einzog. Es wäre für die evangelische Kirche auf die Dauer nicht gut gewesen, wenn diese Bewegung, mit der sich Zehntausende identifizieren und die sich durch eine beispielhafte Gemeindegemeinschaft auszeichnet, aus dem obersten Exekutivorgan der EKD ferngehalten worden oder auch ferngeblieben wäre. Auch insoweit hatte der scheidende Ratsvorsitzende durch öffentliche Äußerungen wichtige Weichen gestellt.

Ein sich ständig wiederholendes Problem ist das Kräfteverhältnis zwischen den „Kirchenführern“ und den „Laien“ im Rat — mit insgesamt neun Sitzen können die ersteren auch diesmal wieder eine klare Mehrheit für sich buchen, und dabei ist die neuentstandene Nordelbische Kirche noch nicht einmal durch einen ihrer Bischöfe im Rat vertreten. Hier zeigt sich klarer als an mancher anderen Stelle das Dilemma der EKD und ihres Rates: Es besteht darin, daß der Rat einerseits nach evangelischem Verständnis nicht vorrangig ein Gremium von Theologen und „Kirchenführern“ sein sollte, daß er andererseits aber um so wirksamer sein wird, je mehr seine Beschlüsse schon im Stadium ihrer Entstehung von den großen Landeskirchen mitbestimmt und mitgetragen werden. Nimmt man die zeitliche Belastung hinzu, die jedes Ratsmitglied auf sich zu nehmen hat, so ist es fast bewundernswert, daß der neue Rat wie der alte in Richard v. Weizsäcker und Helmut Müller wieder zwei Mitglieder aufzuweisen hat, die sich nicht auf eine Lebenszeitanstellung im kirchlichen oder im öffentlichen Dienst stützen können.

Bleibt eine letzte, nur auf den ersten Blick als peripher zu bezeichnende Beobachtung: In keinem der Wahlgänge haben die Mitglieder der Synode auch nur annähernd alle ihnen zustehenden Stimmen abgegeben. Im Gegenteil: Vergleicht man die Gesamtzahl der Stimmen, die in einem Wahlgang abgegeben

Eine Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU anläßlich des 18. Deutschen Evangelischen Kirchentages:

Christen fragen Unionspolitiker

Donnerstag, 14. Juni 1979, 20.00 Uhr

Stadtparkrestaurant, Berliner Platz 9, Nürnberg

werden konnten, mit der Gesamtzahl der wirklich abgegebenen Stimmen, so stellte sich von Wahlgang zu Wahlgang heraus, daß etwa ein Drittel (!) der Stimmen nicht abgegeben wurde. Das ist meines Erachtens der Überlegung bedürftig. Es versteht sich zwar von selbst, daß jeder Synodale – besonders wenn er der Synode erstmals angehört – in den ersten zwei oder drei Wahlgängen nur die Kandidaten wählt, die er in jedem Falle im Rat sehen möchte – nur so kann es ja auch einen Überblick über die wirklich aussichtsreichen Kandidaturen geben. Dann kommt aber doch sehr rasch die Phase, in der die Zurückhaltung leicht zur bloßen Taktik und zum Finassieren werden kann. Das mag bei staatlichen Wahlen oder bei innerparteilichen Wahlen noch verständlich sein, obwohl dort die Abgabe allzu weniger Stimmen meist den Stimmzettel ungültig macht. Für die Wahl eines kirch-

lichen Organs durch ein kirchliches Organ sollte es hier zumindest Anstandsgrenzen geben. Aber das ist ja, wie schon einmal angedeutet, offensichtlich das Problem des Selbstverständnisses von Synoden überhaupt: Sie sind weder Parlamente noch Konzile und machen sich doch mitunter vor, beides gleichzeitig zu sein.

Mit besten Grüßen und Wünschen

Ihr

Roman Jurek

Volksfrontpolitik: Modellversuch San Marino

Kai-Uwe von Hassel

Am 23. Mai 1978 ist in der kleinen Republik San Marino im Herzen Italiens die gemeinsame Regierungszeit von christlichen Demokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten zu Ende gegangen. Die Sozialisten haben sich von ihren Regierungspartnern losgesagt, um gemeinsam mit den Kommunisten eine Volksfrontregierung zu bilden.

Der Versuch der Christlichen Demokraten, die Mehrheit allein zu erringen, scheiterte: im „Großen und Allgemeinen Rat“, dem Parlament von San Marino, fehlte ihnen nach der Parlamentswahl eine Stimme. Kommunisten und Sozialisten regieren mit 31 zu 29 Parlamentssitzen.

Seither zeigt die Volksfrontregierung von San Marino, was entschlossene sozialistische Politik bewirken kann:

- Die Regierung begann damit, die Ministergehälter zu verdreifachen und den Staatsapparat mit eigenen Leuten zu überschwemmen. Heute klagen die San Marinesen über eine zunehmend aufgeblähte und arrogante Verwaltung, in der es von jüngst ernannten kommunistischen und sozialistischen Beamten wimmelt.
- Die Präsidentschaft des größten Bankinstituts der Republik wurde vom Generalsekretär der sozialistischen Partei übernommen.
- Die Schulen werden seit der Regierungsübernahme systematisch

politisiert und mit marxistischem Gedankengut infiltriert.

Wirtschaftspolitisch bekennen sich die Minister der neuen Regierung zum „Einsatz institutioneller Möglichkeiten zur Kontrolle der gesamten Unternehmertätigkeit“ (Finanzminister Emilio della Balda am 27. März 1979). Der von der christlich-demokratischen Regierung jahrelang mit Sorgfalt ausbalancierte Haushalt ist bereits jetzt, wenige Monate nach der Machtübernahme durch die Volksfront, hochgradig defizitär. Das Ziel der neuen Politik wird klar ausgesprochen: es geht um eine „fundamentale Veränderung“ zum „sozialistischen Staat“ (Innenminister Alvaro Selva am 27. März 1979).

Umfassende Veränderungen zeigt auch die Außenpolitik der neuen Regierung. Die Wirtschaftsbeziehungen zum Sowjetblock werden auch in den bescheidenen Dimensionen, in denen die Wirtschaft der kleinen Republik dies erlaubt, gefördert. Kurz nach ihrer Amtsübernahme hat die neue Regierung San Marino in die Reihe der „nicht gebundenen Staaten“ geführt; der sozialistische Außenminister Reffi hat an der Belgrader Konferenz der Ungebundenen teilgenommen und eine Kommission dieser Konferenz nach San Marino eingeladen. Demonstrativ hat San Marino Beziehungen zu Kuba aufgenommen. Die neuen Machthaber bekennen sich klar dazu, daß die „internationalen Beziehungen der Republik

verändert werden müssen“. Sie wollen offensichtlich die Republik aus dem freien Europa herausführen und in eine neutralisierte Position bringen.

San Marino wird die Weltpolitik nicht ändern. An der Zwergrepublik in der Romagna wird das Schicksal des freien Europa nicht hängen. Und dennoch: selbst wenn man die Größenverhältnisse vernachlässigt, wenn man der Politik in der Zwergrepublik einige folkloristische Züge zugesteht, wenn man die Gefahr einer Volksfrontkeimzelle im Herzen Italiens, selbst die Möglichkeiten eines starken kommunistischen Radiosenders in der Republik geringschätzt, – ein Lehrstück für Volksfrontpolitik bieten die Geschehnisse in der jahrhundertalten kleinen Republik mit ihren bisher freiheitlichen Traditionen am Vorabend der Europawahlen für die Europäer allemal.

Was Kommunisten und Sozialisten gemeinsam wollen, gemeinsam bewirken können, wenn sie auch nur die knappste Mehrheit erhalten, das kann uns allen, von dem winzigen San Marino auf den Maßstab Europas vergrößert, zeigen, worum es bei der Europawahl am 10. Juni 1979 geht.

(Kai-Uwe von Hassel, MdB, ist unter anderem stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sowie Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten).

Was wir vom Kirchentag in Nürnberg erwarten können

Harald Uhl

Der 18. Deutsche Evangelische Kirchentag findet vom 13. bis zum 17. Juni in Nürnberg statt. Über 70 000 angemeldete Dauerteilnehmer signalisieren ein selbst für kirchliche Großveranstaltungen ungewöhnliches und in diesem Ausmaß unerwartetes Interesse. Die Losung dieses Kirchentages „Zur Hoffnung berufen“ steht in Widerspruch zu den allgemeinen Trends der Resignation, der Verzagtheit, der fehlenden Perspektiven. Dieser Widerspruch gegen den Verlust der Hoffnung hat offenbar viele Erwartungen geweckt. Was können wir vom Kirchentag in Nürnberg erwarten? Welche Impulse können von ihm für unseren Alltag in Kirche, Politik und Wirtschaft ausgehen? Die Evangelische Verantwortung hat Dr. Dr. Harald Uhl, der Studienleiter des Deutschen Evangelischen Kirchentages ist, um seine Gedanken hierzu gebeten.

Ich erwarte, daß wir auf die Hoffnungsbotschaft der Bibel hören

Auf dem Kirchentag in Nürnberg wird viel von der Hoffnung die Rede sein. Nicht von irgendeiner beliebigen Hoffnung, sondern von der Hoffnung, zu der wir berufen sind, der Hoffnung, die im Zeichen des Kreuzes begonnen hat. Die Hoffnungsbotschaft der Bibel ist das

Fundament der Aussagen dieses Kirchentags. Durch etwa 20 Gottesdienste wird der Kirchentag eröffnet, mit 12 Bibelarbeiten an verschiedenen Stellen der Stadt und im Messezentrum beginnen die drei Arbeitstage. In diesen Bibelarbeiten und den Nachgesprächen – von der Gruppenarbeit bis zum ökumenischen Bibelmagazin des Bibelwerks – werden wir der Geschichte und der Zukunft der biblischen Hoffnung nachspüren. Vom Bund Gottes mit Noah über die wunderbare Speisung vieler Tausende bis zur Vision vom himmlischen Jerusalem werden wir uns der Frage stellen: wo sind die Wurzeln unserer Hoffnung? Die Schlußversammlung als Gottesdienst unter Leitung des bayerischen Landesbischofs D. Dr. Hanselmann wird uns unter den Zuruf des Paulus stellen, daß Hoffnung nicht zuschanden werden läßt, diese Hoffnung nicht – und der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Bischof Kibira aus Tansania, wird dieses Wort in den Spannungen der Gegenwart auslegen.

Diese Realisierung der Hoffnungsbotschaft ist eine gemeinsame Aufgabe für die verschiedenen theologischen und Frömmigkeitstraditionen des Protestantismus. Es hat seit der Mitte der 60er Jahre manche Spannungen und Kritik um die theologische Ausrichtung des Kir-

chentages gegeben. Diese Kontroversen sind im Abklingen. Durch die Mitwirkung bekannter evangelikaler Theologen wie Theo Sorg, Ulrich Parzany oder Johannes Hansen wird deutlich, daß der Pietismus nicht nur eine der unverzichtbaren Wurzeln des Kirchentages seit seiner Gründung durch Reinold von Thadden-Trieglaff vor 30 Jahren, sondern von aktueller Bedeutung für seine heutigen Aufgaben ist.

Ich erwarte, daß wir über die Wirkung der Hoffnung nachdenken

In drei thematisch gegliederten Bereichen werden wir über die Wirkung der Hoffnung gemeinsam nachdenken, mit unserem Nachbarn sprechen, in den großen Hallen des Messezentrums, der Meistersingerhalle und in der Altstadt, in Podiumsgesprächen, Vorträgen, Diskussionen, auf Wandzeitungen und in Anfragen an die Referenten. Wo erfahren wir den Glauben als Grund unserer Hoffnung – im Sinn oder Unsinn unseres Lebens, unserer Gesellschaft, im Einsatz gegen die Gewaltdrohung rings um uns, in der Praxis unserer Kirchen? Wie kann Hoffnung entfaltet werden angesichts der wirtschaftlichen Span-

Beim 18. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg finden Sie den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in allen drei Bereichen des Markts der Möglichkeiten.

1. Themenbereich I „Glauben erfahren“

Halle G, Stand 135 (direkt am Eingang)
„Glaube und Politik“

2. Themenbereich II „Hoffnung entfalten“

Halle J – „Kirche und Staat“

3. Themenbereich III „In der Liebe bleiben“

Halle C, Stand 43
„Jugend- und Erwachsenenbildung“

nungen in unseren Ländern und im Verhältnis zur Dritten Welt, in der Umweltkrise und der fatalen Alternative von Freiheit und Sicherheit? Kann sich Hoffnung in der Liebe bewähren: zwischen den Generationen, in der Familie, in der Konkurrenzsituation von Schule und Beruf?

Entscheidend für die Bewährung der Hoffnungsbotschaft in Nürnberg wird sein, ob die Generationen zu einem gemeinsamen Gespräch kommen. Noch stehen wir unter dem Eindruck der Holocaust-Frage: Wie konnte das geschehen? — die doch nur die Frage vom Beginn der Schuldverstrickung des Menschen weiterführt: Kain, wo ist dein Bruder Abel? Die Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen wird die Fragen im Zusammenhang mit dem geschichtlichen Holocaust vor einer Generation im besonderen aufnehmen, aber hier wie in den anderen Bereichen des thematischen Programms wird die Frage letztlich lauten: Wo ist dein Bruder Abel — heute? — Auf dem Katholikentag in Freiburg 1978 wurde das Wort von der Sprachlosigkeit, dem Schweigen zwischen den Generationen geprägt. Dieses Wort — eine eindrucksvolle Beschreibung vieler Einzelerfahrungen — darf nicht das letzte Wort bleiben. Die biblische Hoffnungsbotschaft muß sich stärker erweisen als geschichtliche Schuld und gegenwärtiges Versagen. Sie kann sich stärker erweisen, wenn wir uns ihrem Ruf zur Umkehr stellen. Damit die Hoffnung Zukunft hat.

Ich erwarte, daß wir Zeichen der Hoffnung sehen

Wie auf dem Kirchentagsplakat: ein großes, dunkles, beinahe erdrückendes Kreuz. Aber ein grünes Blatt, als Zeichen des Lebens, der Versöhnung, der Hoffnung, sprießt daraus. Wenn etwas dran ist an der Aussage, daß die Kirche der Zukunft in vielen kleinen, aktiven Gruppen mitten in der Welt lebendig sein wird — dann ist der Markt der Möglichkeiten auf dem Kirchentag in Nürnberg ein solches Zeichen. 425 Gruppen stellen dar, wie sie christliche Hoffnung zu verwirklichen suchen: in der Mission und der Evangelisation, in der politischen Verantwortung, im Eintreten für Menschenrechte und die geschändete Natur, für Versöhnung zwischen Ehepartnern und zwischen den Völkern. Viele unsichere und kritisierbare Versuche, viel bewundernswertes Engagement, ein Mosaik lebendiger, kirchlicher Wirklichkeit. Und wenn etwas dran ist an der Aussage, daß Christen erlöster aussehen müßten — Fest und Feier werden an diesem Kirchentag ihren nun schon unverzichtbaren, breiten Raum einnehmen, weil ohne sie christliche Hoffnung nicht glaubwürdig sein kann. Die verschiedenen Formen gemeinsamen festlichen Beisammenseins, fröhlichen Feierns mit gemeinsamem Singen, Hören auf das Wort der Hoffnung und gemeinsamen Erlebens des Anrufs dieses Wortes — sie werden nicht nur die jungen Teilnehmer

etwas erfahren lassen von der frohmachenden Kraft der guten Botschaft. Sie werden einladen zum Mitsingen, Mitfeiern — wenn am Freitagabend in den Messehallen, in der Stadt und in vielen Gemeinden Feierabendmahl begangen wird —, sie werden einladen zum

Aus dem Inhalt

Gedanken zur 6. Synode der EKD in Berlin-Spandau Roman Herzog	1
Volksfrontpolitik: Modellversuch San Marino Kai-Uwe von Hassel	3
Was wir vom Kirchentag in Nürnberg erwarten können Harald Uhl	4
Aus unserer Arbeit	5+12
Nach welchem Verfahren in Europa am 10. Juni gewählt wurde	8
Hoffnung Stadt — Zweite Jahrestagung des EAK der ÖVP	11
Kurz notiert	12

Nachmachen, zum Weiterführen dieser Erfahrung später zu Hause. Denn dort muß sich herausstellen, ob die Kirchentagslosung von Nürnberg einen tragenden Grund bilden kann. Ob die biblische Hoffnung etwas austrägt in den privaten und gesellschaftlichen Spannungen: ob der Ruf der Hoffnung uns erreicht hat.

Aus unserer Arbeit

Professor Dr. Hans-Martin Pawlowski neuer EAK-Landesvorsitzender in Baden

Heidelberg: In Verbindung mit der Europatagung in Heidelberg hielt der EAK-Baden seine alle zwei Jahre stattfindende Generalversammlung ab. Zu Beginn sprach Dekan Helmut Feil (Bretten) ein geistliches Wort und würdigte Leben und Arbeit des verstorbenen Vorsitzenden, Traugott Bender.

Im Anschluß daran erstattete Michael Feist den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Als wesentliche Aufgaben der kommenden zwei Jahre stellte er heraus, daß der EAK innerhalb der Partei auf allen Ebenen mehr Gewicht bekommen müsse, um die Bedeutung des „C“ noch mehr ins Bewußtsein zu rücken. Außerdem müsse sich der EAK zu einem noch ernsthafteren Gesprächspartner für Kirche und evangelische Christen entwickeln. Dafür sei eine Intensivierung der Arbeit auf allen Ebenen, vor allem in Orts- und Kreis-

verbänden notwendig und eine Umstrukturierung der Vorstandsarbeit sinnvoll. Die Generalversammlung stimmte diesen Überlegungen zu, indem sie eine Satzung beschloß, die diesen Zielen Rechnung trägt. Auf der Grundlage dieser Satzung wurde dann der neue Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde Professor Hans-Martin Pawlowski (Schriesheim). Als geschäftsführender Vorsitzender bestätigt wurde Michael Feist (Freiburg/Wertheim). Zum engeren Vorstand gehören ferner Wanda von Baeyer-Katte (Hei-

delberg), Pfarrer Kurt Meythaler (Pforzheim), Professor Erich Thies (Heidelberg) und Klaus von Trotha MdL (Konstanz) sowie als Finanzreferentin Dorothea Reichard (Marzell). Insgesamt gehören dem aus 25 Mitgliedern bestehenden Vorstand vier Landessynodale, vier Pfarrer, sieben Damen und zwei Landtagsabgeordnete aus dem ganzen Bereich der Badischen Landeskirche an — eine Zusammensetzung des Gremiums, die eine ausgewogene und breit angelegte Arbeit erhoffen läßt. Die erste Sitzung des neuen Vorstandes wird bereits im Juni stattfinden.

Evangelischer Auftrag für Europa

Heidelberg: „Zu lange hätten die Evangelischen Kirchen im Gegensatz zu den Katholiken landes-, volks- und minderheitskirchlich gedacht und zu wenig christlich. Heute sehe es so aus, als ob der Protestantismus unfähig wäre, Lösungen und Vorschläge für europäische Probleme anzubieten. Seine Zukunft hänge jedoch davon ab, ob es ihm gelinge, einen Beitrag für das neue Europa zu machen.“ Dies steht in einem Bericht des Evangelischen Pressedienstes (epd) über ein Referat von Dr. André Appel (Straßburg), Vorsitzender der Konferenz Europäischer Kirchen und ehemaliger Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, mit dem die Europatagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Heidelberg eröffnet wurde. In einem viel beachteten Vortrag ging der Redner auf „Die Lage des Protestantismus in Europa“ ein.

Landesbischof Heidland (Karlsruhe) leitete den zweiten Teil der Tagung mit einem geistlichen Wort ein. Er sprach ein deutliches Ja zu Europa aus, mahnte aber Politik und Kirche, in diesem Europa ihre Verantwortung als Christen wahrzunehmen.

Michael Feist (Freiburg) wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß es für Europa von besonderer Bedeutung sei, daß die meisten seiner Bewohner getaufte Christen sind. Dem müsse eine an christlichen Werten orientierte Politik Rechnung tragen.

Namhafte Politiker und Vertreter der Kirche nahmen dann zu verschiedenen Aspekten der Tagung Stellung, die unter dem Thema stand „Evangelischer Auftrag für Europa“. Louis Jung, Abgeordneter aus Frankreich, Professor Christoph Link, Vertreter des EAK der ÖVP, Hans Schoch, Zentralsekretär der EVP der Schweiz und Professor Gerhard Zeitel, Vorsitzender der CDU-Nordbaden, überbrachten Grüße, Eduard Adorno, Minister und Europabeauftragter in Baden-Württemberg, und Helmut Kohl schickten Grußtelegramme. Ministerpräsident Lothar Späth (Stuttgart) griff die Frage auf, „warum Europa eine direkte Notwendigkeit ist“ und wandte sich in diesem Zusammenhang besonders der Jugend zu.

In den Hauptvorträgen gingen Kai-Uwe von Hassel und Kirchenrat Albert Roth auf die politischen und kirchlich-theologischen Gesichtspunkte des Tagungsthemas ein. Roth machte deutlich, daß gerade auch evangelische Christen für das werdende Europa Verantwortung tragen und durch ihre Arbeit Möglichkeit und Aufgabe hätten, Europa nicht gleichgültig gegenüberzustehen. In mahnenden Worten wies er unter anderem auf die Erklärung der EKD hin, die wegweisende Orientierungspunkte formuliert hatte.

Nach Mittagspause und Pressegespräch tagten vier Arbeitsgruppen in den Sälen des Heidelberger Schlosses und befaßten sich mit folgenden Themen: „Geistige Grundlagen für ein Europa in Freiheit“, „Grundlagen einer europäischen Bildungspolitik“, „Ein geeintes Europa — die Bewährung für die Ökumene“ und „Soziale Gerechtigkeit in Europa — Auftrag an die junge Generation“. Landtagspräsident Albrecht Martin (Bad Kreuznach), Kultusminister a. D. Professor Wilhelm Hahn (Heidelberg), Pfarrer Marc Lenders (Brüssel) und Staatssekretär Kurt Härtschel (Waldshut) gaben jeweils eine Einführung, Podien aus Vertretern von Kirche und Politik sowie namhafte Experten standen zum Gespräch zur Verfügung.

Die öffentliche Veranstaltung am Schluß der Tagung stand unter der Überschrift „Unser Weg nach Europa“. Unter Leitung von Professor Wilhelm Hahn gingen MdB Philipp von Bismarck, der Bundes-

vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und Kultusminister Professor Roman Herzog nochmals grundsätzlich auf die bevorstehenden Wahlen und die Verantwortung des Einzelnen ein. Nochmals wurde das Ja von Kirche, EAK und CDU zu Europa unterstrichen und zur Beteiligung an der Europawahl aufgefordert.

„Radikalenerlaß“ oder „Berufsverbot“?

Schwarzenbruck: Der Ansbacher CSU-Bundestagsabgeordnete Carl-Dieter Spranger sprach kürzlich im Hospiz in Rummelsberg.

Vor einer stattlichen Zahl vorwiegend junger Menschen überbrachte das Mitglied des Vorstandes der CSU Schwarzenbruck, Herr Vogt, einige Grußworte. Er bedankte sich bei der Leitung der Rummelsberger Anstalten für die freundliche Aufnahme, die die Veranstalter gefunden haben. Darüber hinaus wies Vogt auf die Brisanz des Themas „Radikalenerlaß oder Berufsverbot“ hin. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich dennoch eine faire und ausgeglichene Diskussion ergeben würde.

Als nächster richtete der Vorsitzende des EAK-Ortsverbandes Schwarzenbruck, Thomas Schmitt, Worte des Dankes an Carl-Dieter Spranger für sein Kommen. Diese Veranstaltung sei, so Schmitt, eine Antwort auf die große Nachfrage zu diesem Thema. Dann übergab er das Wort an den Referenten.

Positionen der CSU aufzeigen und Irrtümer aufklären, das sei, so Spranger, sein Hauptanliegen bei dieser Veranstaltung. Grundsätzlich schickte er voraus, daß der Beschluß des Ministerpräsidenten und des damaligen Bundeskanzlers Brandt von 1972 nur Richtlinien für die Handhabung des Extremistenerlasses gab, nach denen ein Beamter treu zur Verfassung stehen und ein aktives Bekenntnis zum Staat ablegen müsse. Den Anlaß zu diesem Beschluß gaben die nach den Studentenbewegungen von 1967/68 vor allem in Berlin und Hamburg in den Staatsdienst drängenden politisch extremistischen Studenten. Um diesem „Marsch durch die Institutionen“ Herr zu

werden, sei ein gemeinsames Vorgehen auf Bundesebene nötig geworden.

Der wesentliche Grund dafür ist, nach Spranger, die Verpflichtung des Staates, seine Feinde aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. Extremisten seien nie über Wahlen an die Macht gekommen, sondern hätten seit jeher die Strategie des sog. Marsches durch die Institutionen verfolgt.

Kommunisten im Staatsdienst verhinderten das Funktionieren in Krisenzeiten, gab Spranger als einen wesentlichen Gesichtspunkt dieser Strategie an. Als Beispiel verwies er auf die französische Post, in der große Teile der Planstellen durch Kommunisten besetzt und von diesen Listen über mißliebige Personen für einen bestimmten Tag X angefertigt worden seien.

Ein ebenso wichtiges Thema in diesem Zusammenhang sei die Indoktrination durch kommunistische Lehrer.

Die Frage, ob die bloße Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation für eine Ablehnung ausreichend sei, bejahte Spranger, denn eine Befürwortung der Satzung einer solchen Organisation, die durch den Beitritt ja gegeben sei, verpflichte das Mitglied wegen der Radikalität der Satzung, dem Staat feindlich gegenüber zu stehen. Auf der einen Seite Treue zur Verfassung zu schwören, auf der anderen Seite diese aber durch den Beitritt zu einer extremistischen Organisation zu bekämpfen, das sei miteinander nicht vereinbar.

Daß durch die Bundesregierung das Instrument der Regelanfrage abgeschafft wurde, habe in keiner Weise dazu beigetragen, den Extremismus wirksam zu bekämpfen, sondern lediglich die ganze Last der Verantwortung auf den einzelnen Beamten, der mit der Durchführung des Beschlusses beauftragt ist, abgeschoben.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen wandte sich Spranger gegen die Kampagne „Weg mit den Berufsverboten“. Dazu zitierte er aus einem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes, in dem es heißt, daß das Schlagwort „Berufsverbot“ nichts in der Bundesrepublik zu suchen habe. Dieser Aussage schloß er sich an. Durch das Kennen des Urhebers sei klar,

warum dieses Schlagwort in die Diskussion eingeführt worden sei. Der sog. Weltfriedensrat in Helsinki und andere kommunistische Volksfrontorganisationen haben dieses Schlagwort produziert, um den Gegnern unseres Staates in den öffentlichen Dienst zu helfen. Durch die Abschaffung der Regelanfrage sei nun, so schloß Spranger, der öffentliche Dienst den Aktivitäten extremistischer Kreise schutzlos preisgegeben.

Diesen Ausführungen schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in deren Verlauf es auch zu härteren Konfrontationen mit Zuhörern aus dem linken Lager kam, die jedoch in geregelten Bahnen verliefen.

In seinem Schlußwort zur Veranstaltung bedankte sich der Vorsitzende des EAK Schwarzenbruck, Thomas Schmitt, für die Diskussionsbereitschaft und wies darauf hin, daß gerade dieser Abend gezeigt habe, daß der EAK ein offenes demokratisches Forum sei, eine Selbstverständlichkeit unseres Staates.

Kritische Anfragen an die Transzendente Meditation

Pforzheim: Sehr rasch deutlich wurden die Grenzen von Gemeinsamkeiten zwischen der Transzendentalen Meditation (TM) und des auf biblischem Fundament beruhendem Glauben bei einer öffentlichen Informationsveranstaltung, zu welcher der Evangelische Arbeitskreis der CDU und die Junge Union ins Hotel Martinsbau eingeladen hatten.

Die Heidelberger Psychologin Dr. Wanda von Baeyer-Katte hatte als Referentin und Gesprächspartnerin bei den recht zahlreich erschienenen Interessenten keinen leichten Stand. Trotzdem gelang es der Mitverfasserin des vor kurzem erschienenen Buches „Neue Jugendreligionen“ schon zu Beginn, die bestehenden Unterschiede klar herauszustellen: Die Technik der Transzendentalen Meditation, ihrem Ursprung nach in der alten indischen Mythologie verwurzelt und in der Mantra-Meditation, vor allem im Tantrismus praktiziert, führe durch Überschreiten der Bewußtseinschwelle in einen leeren Raum.

Dem gegenüber stehe die christliche „Einkehr“, die persönliche Gewissensforschung, die die Wirklichkeit des täglichen Lebens nicht verdrängt, sondern das eigene Ich mit allen seinen Schwächen vor Gott bringt. Nicht durch eine erlernbare Technik, sondern allein durch die Macht der göttlichen Vergabung werde der Mensch frei, „auch zum Handeln in der Welt“. Die von TM propagierte „Weltregierung durch Gedankenmacht“ bezeichnete Frau Dr. Baeyer-Katte als den Gipfel des Abstrakten.

In der anschließenden Diskussion, die vom EAK-Kreisvorsitzenden, Pfarrer Kurt Meythaler geleitet wurde, klafften die Meinungen weit auseinander.

Wie alle Veranstaltungen des Evangelischen Arbeitskreises wurde auch dieser Abend mit einem „geistlichen Wort“ eröffnet. Jugendreferent Reiner Lichdi vom Schloßbergzentrum sprach in seiner Kurzandacht über die Warnungen des Apostels Paulus in seinem Brief an die Kolosser.

Die Gesamtleitung der Veranstaltung hatte der Vorsitzende der Jungen Union Pforzheim, Gemeinderatskandidat Matthias Wittwer übernommen.

EAK in Israel

Lübeck/Kiel: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Lübeck/Kiel besuchte mit Ulrich Böhme, MdBü, Israel und Jordanien. Es wurden die heiligen Stätten der Christenheit, des Judentums und des Islams aufgesucht, um damit auch die außergewöhnlich politisch-brisante Geschichtlichkeit dieses Landes zwischen Jordan und Mittelmeer kennen zu lernen. Dazu die Sinai-Halbinsel, wo die vereinbarte Grenzkorrektur schon im Gange war, ein Kibbuz in Galiläa und die Grenze zum Libanon, wo bedingt durch die große Sadat-Rede Bombenanschläge und Vergeltungsangriffe fast alltäglich waren. Das politische Ziel dieser Reise war die Begegnung mit den Juden, doch auch mit den Arabern, um zu einem von uns erwarteten ausgewogenen Urteil zwischen Israelis und Palästinensern zu kommen.

Nach welchem Verfahren in Europa am 10. Juni 1979 gewählt wurde

Die Durchführung der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament geschah in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft nach unterschiedlichen Kriterien. Wegen einer Reihe von Leserfragen und nicht zuletzt auch aufgrund der Diskussionen anlässlich der EAK-Europatagung in Heidelberg bringt die „Evangelische Verantwortung“ nachfolgend eine Zusammenstellung, die Auskunft darüber gibt, wie verschieden der Weg des einzelnen Parlamentariers aus seinem Land nach Europa ist.

	Zahl der Sitze Europäisches Parlament	Wahlsystem	
		Nationalparlament	Europäisches Parlament
Belgien	24 (13 Sitze für Flamen, 11 für Wallonen)	Verhältnisswahl (Verf. Art. 48,2)	Verhältnisswahl nach Listen
Bundesrepublik Deutschland	81 (3 Mandate entfallen auf Berlin; sie werden durch das Abgeordnetenhaus besetzt)	Gemischte Mehrheits- und Verhältnisswahl (BWahlG § 6)	Verhältnisswahl (Parteien können Kandidaten- listen getrennt nach Bundes- ländern oder eine einheitliche Bundesliste vorlegen)
Dänemark	16 (1 Sitz für Grönland)	Verhältnisswahl (WG Art. 42 ff.)	Verhältnisswahl nach Listen (Faröer-Inseln wählen nicht)
Frankreich	81	absolute Mehrheitswahl in Einmannwahlkreisen mit ggf. 2 Wahlgängen (CE L 123)	Verhältnisswahl nach Listen
Großbritannien	81 (davon 3 für Nordirland)	relative Mehrheitswahl in Einmannwahlkreisen	Mehrheitswahl (Nordirland: Verhältnisswahl nach System der übertragbaren Einzelstimme)
Irland	15	Verhältnisswahl (Verf. Art. 16,2; S. 17 EA 23)	Verhältnisswahl nach traditionellem irischem Wahlsystem der übertragbaren Einzelstimme
Italien	81	Verhältnisswahl (Art. 1 u. 77 T.U. Nr. 361)	Verhältnisswahl nach Listen
Luxemburg	6	Verhältnisswahl (Verf. Art. 51)	Verhältnisswahl nach Listen (jeder Wähler hat 6 Stimmen)
Niederlande	25	Verhältnisswahl (Verf. Art. 91)	Verhältnisswahl nach Listen

	Sperrklauseln für Parteien	
	Nationalparlament	Europäisches Parlament
Belgien	keine	keine
Bundesrepublik Deutschland	mindestens 5 % der Zweitstimmen oder 3 Direktmandate	bei Sitzverteilung werden nur Parteien berücksichtigt, die mehr als 5 % der abgegebenen Stimmen erhalten
Dänemark	eine Partei muß entweder ein Kreismandat erringen oder 2 % der gültigen Stimmen erreichen oder die für ein Kreismandat durch- schnittlich benötigten Stimmen	keine
Frankreich	keine	5 %
Großbritannien	keine	keine
Irland	keine	keine
Italien	keine	keine
Luxemburg	keine	keine
Niederlande	keine	keine

	Wahlalter				Aktives Wahlrecht für Auslandsbürger	
	Nationalparlament		Europ. Parlament		Nationalparlament	Europäisches Parlament
	aktiv	passiv	aktiv	passiv		
Belgien	21 Wahlpflicht	25	18 Wahlpflicht	21	ja (Vollmacht)	ja (nach Wahlgesetz-entwurf)
Bundesrepublik Deutschland	18	18	18	18	nein Ausnahme: Beamte, Soldaten und Angehörige des öffentlichen Dienstes, die sich aufgrund dienstlicher Anweisungen im Ausland aufhalten	ja alle in der EG wohnenden Deutschen sind wahlberechtigt
Dänemark	18	18	18	18	nein Ausnahme: Regierungsbeamte, die sich dienstlich im Ausland aufhalten (+ Ehepartner)	ja Wahlrecht auch für Dänen, die im EG-Gebiet leben
Frankreich	18	23	18	23	ja (Vollmacht)	ja (in französischen Auslandsvertretungen)
Großbritannien	18	21	18	21	nein Ausnahme: Beamte, Angehörige der Streitkräfte und des British Council (+ Ehepartner), die dienstlich im Ausland sind	nein Ausnahme: Beamte und Angehörige der Streitkräfte
Irland	18	21	18	21	nein	ja, aber Stimmabgabe im Heimatstaat
Italien	18	25	18	25	ja Erleichterungen zur Stimmabgabe im Heimatwahlkreis	Möglichkeit der Stimmabgabe für in anderen EG-Staaten lebende Wanderarbeitnehmer (in Konsulaten)
Luxemburg	18 Wahlpflicht	21	18 Wahlpflicht	21	nein	nein
Niederlande	18	25	18	25	nein	Wahlrecht für in EG-Ländern lebende Niederländer

	Wahlkreiseinteilung		Einfluß des Wählers auf Listenreihenfolge
	Nationalparlament	Europäisches Parlament	Europäisches Parlament
Belgien	30 Wahlkreise	3 Wahlkreise (Flandern, Wallonien, Brüssel)	Veränderung der Reihenfolge innerhalb einer Liste möglich (Präferenzkandidat oder Liste)
Bundesrepublik Deutschland	248 Wahlkreise	nationales Wahlgebiet	nein
Dänemark	3 Wahlzonen, unterteilt in 17 Wahlkreise; Grönland und Färöer je 1 Wahlkreis	nationales Wahlgebiet	Veränderung der Reihenfolge innerhalb einer Liste möglich (Präferenzkandidat oder Liste)
Frankreich	470 Wahlkreise	nationales Wahlgebiet	nein
Großbritannien	635 Wahlkreise	78 Wahlkreise (66 England, 8 Schottland, 4 Wales) + 3 Mandate aus Nordirland	Stimmen werden für den Kandidaten individuell abgegeben
Irland	gesetzlich geregelt; zur Zeit 48 Wahlkreise	4 Wahlkreise	Stimmen werden für den Kandidaten individuell abgegeben
Italien	32 „Circoscrizioni“	5 Wahlregionen	Veränderung der Reihenfolge innerhalb einer Liste möglich (Präferenzkandidat oder Liste)

Luxemburg	4 Wahlkreise	nationales Wahlgebiet	Kandidaten können aus verschiedenen Listen gewählt werden
Niederlande	18 Wahlkreise	nationales Wahlgebiet	Veränderung der Reihenfolge innerhalb einer Liste möglich (Präferenzkandidat oder Liste)

	Finanzierung des Wahlkampfs durch den Staat		Wochentag der Wahl zum	
	Nationalparlament	Europ. Parlament	Nationalparlament – festgelegt?	Europ. Parlament
Belgien	keine Regelung		ja, sonntags	Sonntag, 10. Juni
Bundesrepublik Deutschland	pauschal 3,50 DM pro Wahlberechtigten, gemessen am Zweitstimmenanteil; Sperrklausel: 0,5 % der Zweitstimmen oder 10 % der Erststimmen eines Wahlkreises	pauschal 3,50 DM pro Wahlberechtigten, sofern die Partei oder politische Vereinigung mindestens 0,5 % der gültigen Stimmen im Wahlgebiet erreicht hat	ja, sonntags oder an einem gesetzlichen Feiertag	Sonntag, 10. Juni
Dänemark	keine Regelung		nein, normalerweise ist es ein Dienstag	Donnerstag, 7. Juni
Frankreich	Der Staat ersetzt den Kandidaten, die mindestens 5 % der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, bestimmte Kosten	Den Parteien, die mindestens 5 % der Stimmen erreichen, werden bestimmte Wahlkampfkosten erstattet	ja, sonntags	Sonntag, 10. Juni
Großbritannien	Der Staat gewährt die Benutzung öffentlicher Gebäude zur Abhaltung von Wahlversammlungen sowie die gebührenfreie Beförderung einer Wahlendung pro Wähler	keine Sonderregelungen	nein, traditionsgemäß ein Donnerstag	Donnerstag, 7. Juni
Irland	wie Großbritannien	keine Sonderregelungen	nein, traditionsgemäß ist es ein Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag	Donnerstag, 7. Juni
Italien	Die Ausgaben für den Wahlkampf werden vom Staat übernommen	Wahlkampfkosten werden in bestimmten Grenzen erstattet	nein, normalerweise ist es ein Sonntag und Montagmorgen	Sonntag, 10. Juni
Luxemburg	keine Regelung		ja, sonntags	Sonntag, 10. Juni
Niederlande	keine Regelung		ja, mittwochs	Donnerstag, 7. Juni

48 Mitglieder der bisherigen Synode schieden aus

Aus dem kirchlichen Bereich berief der Rat mit dem Präses des Gnadauer Gemeinschaftsverbandes, Pfarrer Kurt Heimbucher, einen führenden Evangelikalen in die EKD-Synode. Außerdem wurden CVJM-Generalsekretär Matthias Dannemann, Missionsdirektor Peter Sandner, Oberin Annemarie Klotz vom Zehlendorfer Diakonieverband und Prof. Eberhard Triesler für die kirchlichen Mitarbeiterver-

bände berufen. Erneut berufene Mitglieder der Synode wurden Hildegard Zumach von der Evangelischen Frauenarbeit und Prof. Gerhard Grohs, der bisherige Vorsitzende der EKD-Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst.

48 ordentliche Mitglieder der fünften EKD-Synode schieden aus, darunter Bischof Gernot Jung, der Politologe Prof. Kurt Sontheimer, Bundesverfassungsrichter Helmut

Simon und der Präsident des Diakonischen Werkes, Theodor Schöber. Die bekannte Psychagogin Christa Meves gehört der neuen Synode nur noch als stellvertretendes Mitglied an. Unter den stellvertretenden Synodalmitgliedern befindet sich mit der italienischen Pfarrerin Carmen Ceteroni erstmals eine Vertreterin der evangelischen ausländischen Mitbürger.

Hoffnung Stadt

Zweite Jahrestagung des EAK der ÖVP

Wien: Um es vorweg zu sagen: es war eine recht ungewöhnliche Tagung, was Thema und Beiträge anlangt. Teilnehmer aus ganz Österreich waren in der Herzogsburg von Perchtoldsdorf bei Wien zusammengekommen, um die „Hoffnung Stadt“ zu diskutieren.

Vorangegangen war dieser Tagung in Österreich ein höchst bewegtes Halbjahr, in dem vier verschiedene Urnengänge sehr unterschiedliche Ergebnisse erbracht hatten. Im Oktober 1978 war der Volkspartei in Wien unter ihrem dynamischen jungen Obmann mit der Rückeroberung der Position des Vizebürgermeisters und von fünf Mandaten ein außergewöhnlicher Erfolg gelungen. Anfang November blieb dann die gesamte sozialistische Propagandamaschine samt ihrem Obmann Bruno Kreisky, der sein ganzes Prestige eingesetzt hatte, gegen das Häuflein der Atomgegner auf der Strecke. Als dann nach Weihnachten Bundeskanzler Kreisky die Nationalratswahlen auf den 6. Mai vorverlegte, glaubte niemand an einen sozialistischen Erfolg.

Aber die ebenfalls vorverlegten niederösterreichischen Landtagswahlen brachten im März 1979 ein erstes Wetterleuchten: mit viel Glück konnte die Volkspartei ihren Verlust in Grenzen halten, sie verlor ein Mandat und verfügt in diesem größten Bundesland Österreichs weiter über die absolute Mehrheit. Als am Nachmittag des 6. Mai dann klar wurde, daß die Sozialisten Stimmen und Mandate gewonnen haben, (der Mandatsstand lautet jetzt 95 SPÖ, 77 ÖVP und 11 FPÖ) standen die meisten Beobachter vor einem Rätsel. Ziemlich rasch wurde aber klar, was geschehen war, nämlich – so kurios das klingen mag – eine stockkonservative Wahl. Hatte noch alles gelächelt, als sich Bruno Kreisky für das Titelbild seiner Wahlkampf-illustrierten vor dem Bild des jungen Kaisers Franz Josef hatte fotografieren lassen, so brachte der 6. Mai nun die Bestätigung: in einer Zeit der Krisen und der Ver-

änderungen votierte die Mehrheit (etwas über 51 Prozent) für das Bestehende, sprach sich also gegen Veränderung aus. Die Volkspartei konnte ganz offensichtlich den grundsätzlichen Unterschied zum sozialistischen Weg ins Glück nicht klar genug machen. Dazu kam, daß in einigen Bundesländern der Wahlkampf von den Landesorganisationen eher lau und manchmal gar nicht geführt worden war. Dort waren dann auch die Verluste am 6. Mai am höchsten.

Seither hat in der Volkspartei eine breit angelegte Diskussion eingesetzt, und zwar durchaus zukunftsorientiert über die Parteistruktur und die möglichen und nötigen Inhalte politischer Aussagen und ihr Verhältnis zur Realität, grob gesprochen zum Selbstverständnis und Stil, auch Lebensstil der Politiker.

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß im Mittelpunkt der zweiten Jahrestagung des EAK Österreich in Perchtoldsdorf der Versuch stand, Fragen und mögliche Antworten neu zu buchstabieren. Nach der grundsätzlichen Besinnung des Vorjahres auf spezifisch evangelische Positionen (vgl. EV 7/1978), wurde heuer die konkrete Umsetzung für den Bereich der Stadt versucht. Nicht im Sinne einer Rezeptur freilich, sondern im Orten von Problemzonen und der Rückfrage nach der eigenen Position.

So führte am Eröffnungsabend Stadtrat Dr. Jörg Mauthe in eindringlicher Weise tief in die Problematik der Stadt: Traum oder Alptraum, Megalopolis oder Abglanz eines himmlischen Jerusalem – oder nichts davon? Der Dekan der Wiener Evangelisch-theologischen Fakultät, Univ. Prof. Dr. Wilhelm Dantine steckte Landmarken für den Christen in der Stadt und erklärte, daß der Protestantismus eine historisch nachweisbare Mitverantwortung an Gestalt und Eigenart des urbanen Wesens in der Neuzeit trüge:

a) in positiver Hinsicht durch die Herausarbeitung einer im Glauben

wurzelnden Verantwortung für Geschick und Gestaltung bürgerlichen Lebens,

b) aber auch negativ durch einen allgemeinen Rückzug in die Innerlichkeit mit nachfolgender Blindheit gegenüber den Problemen der entstehenden Industriegesellschaft, wie sie sich besonders im Wachstum von Riesenstädten darstellten.

In drei Arbeitsgruppen wurde schließlich versucht, einzelne Problemzonen zu erfassen: Kirche in der Stadt – Die integrative Funktion der Gemeinde – stimmt das so, oder ist die Stadtgemeinde nur ein fortgeschriebenes Gemeindemodell aus ganz anderem Raum und so desintegrierend und untauglich? Oder: Stadt ohne Nachbarschaft – Von der Anonymität zur Verantwortung. Aber welche Möglichkeiten lassen ein hybrider Sozialwohnbau und die ängstliche Abschottung von Wohneinheiten dafür? Und: Konkrete Hoffnung – Praktische Hilfe für den Nächsten – und hier die fast biblische Dimension der Frage: wer ist aber mein Nächster?

Für uns Evangelische in der Volkspartei – erklärte in seinem Schlußwort der EAK-Geschäftsführer und Wiener Gemeinderat Robert Kauer – stellt diese Situation des Neubeginns und des Fragens und der Analyse eine ungeheuerere Herausforderung und Chance dar. Gegenüber dem verkrusteten und erstarrten System sozialistischer Machtstrukturen können neu und radikal die Fragen nach den Grundsätzen und nach ihrer Verwirklichung gestellt werden. In unserer evangelischen Verantwortung liegt es, diesen Beitrag zu leisten.

Zuvor hatte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der Österreichischen Volkspartei, Komm. Rat Kurt Landgraf, auf die Bedeutung des EAK in Österreich hingewiesen und die aus dem kirchlichen Bereich anwesenden Männer und Frauen dazu aufgerufen, sich im vopolitischen Raum beim Evangelischen Arbeitskreis zu engagieren.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdE • Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 58 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

Aus unserer Arbeit

Jahresversammlung des EAK der CDU in Niedersachsen

Nienburg: Am 11. Mai 1979 fand in Nienburg/Weser die Jahresversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Niedersachsen statt. Auf der Tagesordnung standen neben der Wahl des Vorstandes Berichte über die Aktivitäten des vergangenen Jahres.

Zur neuen Vorsitzenden wurde die bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Pastorin Gesa Conring aus Hannover gewählt, nachdem Dr. Philipp von Bismarck, MdB, der dem Arbeitskreis über viele Jahre vorstand, wegen Arbeitsüberlastung auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte. Er wird aber, wie auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Adolf de Terra aus Hildesheim, weiterhin im EAK-Landesvorstand Niedersachsen mitarbeiten.

Als Beisitzer wurden Klaus-Jürgen Hedrich, MdL (Uelzen), Gernot

Pittius (Nienburg), Robert Gräper (Garstedt/Kr. Harburg) und Günter Mast (Gifhorn) gewählt.

Mit dieser Vorstandszusammensetzung will man gleichzeitig auch regionale Aktivitäten intensivieren und das Gespräch mit der Kirche und ihren Einrichtungen vertiefen. Dabei sieht der Evangelische Arbeitskreis der CDU - und dies wurde mit Nachdruck in der Vorstandssitzung des Arbeitskreises in Nienburg festgestellt - seine Aufgabe darin, Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu diskutieren und dabei Vertreter aus dem politischen wie aus dem kirchlichen Leben zu Wort kommen zu lassen. Es entsprach daher auch einer EAK-Gepflogenheit, nach der Delegierten-sitzung eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Das Gewissen im politischen Handeln“ durchzuführen.

Auf dem Podium wirkten dabei unter Leitung des Nienburger EAK-Vorsitzenden Oberstudiendirektor Gernot Pittius, Landessuperintendent Dr. Günter Linnenbrink (Nien-

burg), Monsignore Dr. Henry Fischer (Hildesheim) sowie der Landtagsabgeordnete Axel Schlotmann mit.

Landessuperintendent Linnenbrink wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß das Gewissen von der Umwelt und eigenen Erfahrungen geprägt werde. Dabei verstehe die protestantische kirchliche Tradition das Gewissen grundsätzlich als Beziehung zu Gott. Doch Glaube und Gewissen gehörten auch zusammen und hätten sich im politischen Alltag zu bewähren. Dr. Linnenbrink erklärte weiter, daß Vernunft und Sachverstand Voraussetzung zum verantwortungsbewußten politischen Handeln seien. Einig waren sich alle Anwesenden - und das zeigte die Diskussion deutlich - daß Gewissensentscheidungen frei von Emotionen sein sollten und die Kirche einen bedeutenden Beitrag zur Sensibilisierung und Bildung des Gewissens beitragen kann. Dabei sollte politisches Handeln von gegenseitigem Vertrauen, von Ehrlichkeit und Fairneß bestimmt werden.

Kurz notiert

Dollinger: Stil der EKD-Synode Vorbild für Parlamente

Berlin: Der faire Stil der Auseinandersetzung auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 13. bis 17. Mai in Berlin sollte ein Vorbild für die

Parlamente und auch für das Verhalten zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU sein. Diese Ansicht vertrat der ehemalige Bundespostminister und stellvertretende Vorsitzende der CSU, der Synodale Dr. Werner Dollinger, Neustadt an der Aisch, nach Abschluß der Synodendebatte. Wie man in Berlin An-

dersdenkende geachtet und respektiert habe, sollte man auch unter politischen Gegnern miteinander umgehen, erklärte Dollinger, der auch Mitglied der bayerischen Synode ist. Der Bundestagsabgeordnete lobte auch das „sachliche“ Verhalten der Jugenddelegierten auf der Synode.